



Prof. Dr. Bernhard Vogel war Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen und zweimal, von 1989 bis 1993 und von 2001 bis 2009, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Heute ist er ihr Ehrenvorsitzender.

## EX ORIENTE LUX

### DIE ARBEIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN MITTEL- UND OSTEUROPA

*Bernhard Vogel*

Zu den Daten, die sich in meinem Gedächtnis unvergesslich fest eingeschrieben haben, gehört nicht nur – wie wohl bei den meisten Deutschen – der 9. November 1989, sondern auch der 10. November 1989. Helmut Kohl hatte an diesem Tag seinen lang und intensiv vorbereiteten, besonders schwierigen ersten offiziellen Besuch als Bundeskanzler in Polen begonnen und mich eingeladen, ihn als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung zu begleiten. Während des Abendessens beim erst kurz zuvor berufenen ersten demokratischen Ministerpräsidenten Polens seit 1945, Tadeusz Mazowiecki, erreichte uns die unglaubliche Nachricht vom Fall der Mauer in Berlin. Helmut Kohl unterbrach am nächsten Tag seinen Besuch und eilte nach Berlin. Ein ziemlich einmaliger Vorgang. Die für den 10. November vorgesehene Eröffnung unseres Büros in Warschau musste ohne ihn und ohne Mazowiecki stattfinden. Zum ersten Mal wurde es uns ermöglicht, mit Zustimmung der Regierung in einem Land des Warschauer Paktes tätig zu werden. Eine Sensation.

Peter Molt beschreibt in seinem Beitrag in diesem Heft die Anfänge der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, die 1962 – vor fünfzig Jahren! – zur Gründung des Instituts für Internationale Solidarität führten. Jahrzehntlang konzentrierte sich das Institut zunächst auf seine Arbeit in Lateinamerika, Afrika und Asien. Über 25 Jahre später sollte das Unmögliche möglich werden. Der Ostblock zerfiel und seine Länder öffneten sich. Sie öffneten sich auch für unsere Arbeit.

Die neue Aufgabe beherrschte seit meiner Wahl zum Vorsitzenden der Stiftung im Februar 1989 unser ganzes

Planen und Handeln. Neben der Aufgabe, in den wieder erstehenden Ländern auf dem Gebiet der zerfallenden DDR Bildungswerke einzurichten, stand die Schaffung von Auslandsbüros im bisher kommunistischen Machtbereich im Mittelpunkt unserer Arbeit. Diese neue Herausforderung war übrigens einer der Gründe, warum Helmut Kohl und ich im Januar 1992 zunächst zu der Überzeugung gekommen waren, ich sollte nicht nach Thüringen gehen, sondern mich ganz dieser neuen Herausforderung stellen. „Was ist schon Thüringen gegen der Rest der Welt?“ meinte Josef Thesing, damals Leiter der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit.

Auch unsere Vorstandssitzungen waren von dieser Aufgabe beherrscht. Helmut Kohl engagierte sich auch hier voll und ganz. Schon in der Vorstandssitzung vom Juni 1989 meinte er, die Kontakte mit Polen, Ungarn und der UdSSR müssten Priorität haben. Europa dürfe nicht nur als EG-Europa oder Mitteleuropa verstanden werden. Es umfasse auch die mittel- und osteuropäischen Länder, aber auch die Länder Nordeuropas. Bei der Einrichtung von Auslandsbüros müsse auf eine exzellente personelle Besetzung und auf eine sorgfältige Auswahl der Partner geachtet werden. Wenn es finanzielle Probleme gäbe, müsse auch die Schließung bestehender Büros in anderen Teilen der Welt in Erwägung gezogen werden. Im Dezember 1991 befürwortete er die Arbeit der Stiftung vorrangig in Polen, Ungarn und der ČSFR, zumal diese Länder der Europäischen Gemeinschaft beitreten wollten. Er empfahl auch, Bulgarien zu helfen. In Rumänien dagegen solle man sich zurückhalten. Die Außenstellen in den baltischen Staaten sollten auch Nord-europa im Blick haben, zumal Schweden und Finnland der Europäischen Gemeinschaft beitreten wollten. Hinsichtlich der Länder des früheren Jugoslawien sprach er sich für eine Kontaktaufnahme durch unsere Außenstelle in Rom aus. Mit Albanien sollte von Athen aus der Kontakt gesucht werden. In der Vorstandssitzung vom Juli 1992 fordert er, ein umfassendes „Sonderprogramm Europa“ zu erarbeiten.

Erste Anlaufstelle beim Aufbau von Außenstellen in Mittel- und Osteuropa war unser damals noch bestehendes Büro in Wien. Heute verfügen wir über 18 Außenstellen, davon 15 Auslandsbüros und drei Verbindungsbüros in diesen Ländern.

Worum ging es uns? Die Zielorientierung der Stiftung lautet bis heute: „Im Geiste unseres Namensgebers die Idee der christlichen Demokratie zeitgemäß zu vertreten und das Verständnis zwischen den Völkern zu fördern.“ Unser Aufbruch nach Osten begann zunächst mit dem tastenden Versuch, auf die Veränderungsprozesse in Polen, in Ungarn, aber auch auf die Rufe nach mehr Freiheit in der DDR zu antworten. Wir wollten an demokratische Werte und an eine demokratische Gesellschaft her-

**Die Entwicklung verlief schneller als anfangs gehnt. Die Regionalprogramme „Neue EU-Mitgliedsländer“, „Westlicher Balkan“ und „Russische Föderation, Weißrussland, Ukraine, Südkaukasus“ bildeten sich heraus.**

anführen, den notwendigen Transformationsprozess unterstützen, die Anerkennung von Menschenrechten, christlichen Werten und freiheitlichem Denken fördern. Und wir wollten die an einem Beitritt zur NATO und zur

Europäischen Union interessierten Länder auf ihrem Weg zu diesem Ziel unterstützen. Die Entwicklung ging weiter, schneller und umfassender als wir anfangs ahnen konnten. Bald bildeten sich drei Regionalprogramme heraus: „Neue EU-Mitgliedsländer“, „Westlicher Balkan“, „Russische Föderation, Weißrussland, Ukraine, Südkaukasus“.

Natürlich stieß die Umsetzung unserer Pläne in den von uns zunächst ins Auge gefassten Ländern auf große, vielfältige, sehr unterschiedliche Schwierigkeiten, die zum Teil nur mühsam zu überwinden waren. Besonders wichtig erschien es uns, in Moskau präsent zu sein. Bei meinem ersten Besuch bei unserem Mitarbeiter in Moskau im Februar 1991 befand sich dessen vorläufiges Büro in einem winzigen Hotelzimmer; seine Akten musste er unter seinem Bett verstauen. Nach langwierigen Verhandlungen wurde schließlich eine Außenstelle beim Europainstitut der Akademie der Wissenschaften errichtet. Seit 1993 ist die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einem eigenen Auslandsbüro in Moskau vertreten. Zunächst wurden von Moskau aus auch die Ukraine und Weißrussland betreut.

In Polen dagegen trafen wir durch unsere zum Teil jahrzehntelangen Kontakte zu unseren politischen Freunden und zur Kirche auf langfristig vorbereiteten Boden. Professor Stomma, Tadeusz Mazowiecki, Mieczysław Pszon, Władysław Bartoszewski, Janusz Reiter, Lech Wałęsa und natürlich und insbesondere der Krakauer Erzbischof Karol Kardinal Wojtyła. Schon im Februar 1985 hatte in Sankt Augustin die erste deutsch-polnische Konferenz unserer

Stiftung stattgefunden. Die damals begonnenen Kontakte, z.B. mit der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität in Warschau, mit der Johannes-Paul-II.-Universität in Lublin und dem Willy-Brandt-Zentrum in Breslau, bestehen noch heute.

Wir wollten einen Beitrag zur Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen leisten, die schwere Last der Vergangenheit abtragen, den Dialog suchen, Brücken bauen und vor allem praktische Hilfe anbieten, um Polens Bemühungen um wirtschaftliche Reformen, Demokratie und Pluralismus nach Kräften zu unterstützen. Wir suchten die Verbindung zu gesellschaftlichen Gruppen, natürlich auch zu den Kirchen und zu den staatlichen Institutionen. Einen Schwerpunkt des Dialogs sollte die Soziale Marktwirtschaft bilden und der Aufbau neuer Strukturen der kommunalen Verfassung. Aber auch der Austausch zwischen Wissenschaftlern und Studenten und der Austausch von Publikationen waren uns wichtig.

**Wir suchten die Verbindung zu gesellschaftlichen Gruppen, zu Kirchen und staatlichen Institutionen. Einen Dialogschwerpunkt sollte die Soziale Marktwirtschaft bilden.**

Besondere Aufmerksamkeit widmeten wir den baltischen Staaten, die sich vom Joch der sowjetischen Okkupation befreit hatten. Einer meiner ersten Besuche führte mich nach Vilnius. Der mutige Parlamentspräsident Vytautas Landsbergis empfing mich mit offenen Armen. Der Befehlshaber der noch im Lande stationierten sowjetischen Truppen begegnete mir zwar höflich, aber äußerst kühl. Obwohl die drei baltischen Staaten besonders peinlich auf ihre Selbständigkeit achteten, war es uns – aus Kostengründen – nicht möglich, auf Dauer drei selbstständige Büros in Vilnius, Tallinn und Riga zu unterhalten. Unser gemeinsames Büro entstand 1993 zunächst in Tallinn. Heute befindet es sich in Riga. In Tallinn und Vilnius bestehen Verbindungsbüros.

Ungarn kam schon wegen seiner besonderen Rolle im Sommer 1989 erstrangige Bedeutung zu. Ab Mai 1989 begann der Abbau der Sperranlagen zu Österreich. Am 19. August fand das europaweit beachtete „paneuropäische Picknick“ statt. Am 11. September 1989 öffnete sich der Eiserne Vorhang für 11.000 Flüchtlinge aus der DDR. Die einstmals fröhlichste Baracke des Sozialismus übernahm in den ersten Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes unter den ost- und mitteleuropäischen

Ländern eine Führungsrolle. Nicht zuletzt Dank des unvergessenen, leider viel zu früh verstorbenen József Antall. Mit ihm zusammen eröffnete ich im Dezember 1990 auf den Stufen des ungarischen Parlaments – vor jenem Platz, auf dem 1956 die nach Freiheit rufenden Menschen mit Maschinengewehren niedergemäht worden waren – unser dortiges Büro. Schon zuvor ergaben sich die ersten Kontakte zur Fidesz. Eine Gruppe junger, dynamischer Bürgerrechtler unter Leitung von Viktor Orbán. Sie wollten nur Mitglieder unter 35 Jahren aufnehmen.

**In Václav Klaus fanden wir einen stets gesprächsbereiten, aber insbesondere in Sachen Europa und in Sachen Soziale Marktwirtschaft äußerst schwierigen Partner.**

Natürlich haben wir sehr früh in Prag die Initiative ergriffen. Schon am 1. Juni 1991 nahm unser Büro dort seine Arbeit auf. Das Wirken von Václav Havel und die Flucht von Tausenden in die dortige (west-)deutsche Botschaft stehen mir vor Augen. In Václav Klaus fanden wir einen stets gesprächsbereiten, aber insbesondere in Sachen Europa und in Sachen Soziale Marktwirtschaft äußerst schwierigen Partner. Jede Begegnung mit ihm wurde zu einer großen Kraftanstrengung.

Besonders schwierig war es, in der Ukraine und in Weißrussland Fuß zu fassen. Seit 1994 unterhalten wir ein Büro in Kiew. In den Anfangsjahren knüpfte die Stiftung hier Kontakte zu politischen Kräften, die in der Orangen Revolution 2004 eine entscheidende Rolle spielten. Julija Tymoschenko hat mich bei einem Besuch beeindruckt, aber auch dringend um Hilfe, insbesondere um die Herstellung eines Kontaktes zur Bundeskanzlerin, gebeten. Dass die Gewinner der Orangen Revolution nicht zusammen fanden, belastet unsere Arbeit dort bis heute. In Minsk wird uns die Gründung eines Auslandsbüros noch immer verwehrt. Es besteht keine demokratische Regierung und es gibt keine Erlaubnis, auf weißrussischem Gebiet tätig sein zu können. Von Warschau aus und seit 2007 von Vilnius aus beobachten wir aufmerksam, meist allerdings mit großer Betroffenheit, die weitere Entwicklung.

Abb. 1



Im Jahr 1990 trifft der KAS-Vorsitzende Bernhard Vogel den Präsidenten der Tschechoslowakei, Václav Havel, in Prag. | Quelle: ACDP.

Vor völlig neue Herausforderungen sollte uns der Zerfall Jugoslawiens stellen. Mit dem mühsam ausgehandelten Friedensabschluss von Dayton war es der Internationalen Gemeinschaft im Jahre 1996 gelungen, den grausamen Balkankrieg zu beenden. Frieden zwischen den verschiedenen Nationalitäten war damit aber noch lange nicht eingezogen. Die Situation, die sich unmittelbar nach Kriegsende zeigte, war ernüchternd: Auf dem Staatsgebiet des ehemaligen Jugoslawiens gab es unzählige Flüchtlinge, die innerhalb des Landes oftmals sehr grausam vertrieben worden waren und nun in Notunterkünften wohnten. Fensterglas war Mangelware und so bediente man sich notdürftig einer Plane, die vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt worden war. Noch mehr Flüchtlinge waren ins Ausland, unter anderem nach Deutschland, geflohen, oftmals ohne Pass, nur mit einem Impfausweis. Viele hatten Deutschland aus den Tagen der „Gastarbeiter“ noch in sehr guter Erinnerung.

Das friedliche Zusammenleben der unterschiedlichen Ethnien im ehemaligen Jugoslawien war mit dem Krieg abrupt beendet worden. Der multiethnische Staat war im Krieg zerfallen. Die neu entstandenen Staaten Slowenien, Kroatien und Restjugoslawien (Serbien und Montenegro) waren bemüht, keine anderen Minderheiten auf ihrem Staatsgebiet zu haben. Der neu entstandene Staat Bosnien und Herzegowina blieb allerdings ein komplizierter Vielvölkerstaat,

mit all den aus dem Krieg resultierenden Ressentiments der verschiedenen Ethnien gegeneinander. Der Krieg hatte tiefe Wunden in die Seelen der Menschen gerissen: Nachbarn, die früher friedlich nebeneinander gewohnt hatten, kämpften im Krieg gegeneinander.

Als Stiftung mit einem christlichen Menschenbild war es für uns selbstverständlich, einen Beitrag zu leisten, den politischen Neuaufbau des Landes Bosnien und Herzegowina aktiv zu unterstützen. Die Stiftung erkannte schnell, dass es dazu einer sehr intensiven Projektarbeit vor Ort bedurfte. Das 1997 eröffnete Büro der Stiftung in Sarajevo berichtete regelmäßig über das Leben in der schwer geschundenen Stadt. Sarajevo hatte es im Krieg besonders schwer getroffen: Gas, Wasser und Stromversorgung waren nur notdürftig wiederhergestellt und funktionierten nur alle acht Stunden. Außerhalb der Städte befanden sich rechts und links der Straße oftmals Minenfelder, Brücken über Flüsse und ganze Straßenabschnitte waren zerstört, einzelne Regionen waren für Ausländer gesperrt. Hier durfte man nur mit gepanzerten Wagen der IFOR-Schutztruppe fahren.

Mit ihrer Projektarbeit im ehemaligen Jugoslawien, insbesondere in Bosnien und Herzegowina, ist es der Stiftung gelungen, eine Brücke zwischen den Völkern des Balkans und Deutschland zu bauen: Insbesondere beim Aufbau einer leistungsstarken Kommunalen Selbstverwaltung konnte die Stiftung in Bosnien und Herzegowina wichtige Akzente setzen. Kommunale Selbstverwaltung wurde zu echter Friedensarbeit: Menschen unterschiedlicher Nationalitäten wurde ein Instrumentarium gegeben, um wieder gleichberechtigt zusammen zu leben und ihr Leben gemeinsam politisch zu gestalten. Das galt insbesondere für den Vielvölkerstaat Bosnien und Herzegowina. Immer wieder durchkreuzten aber leider Radikale und Fanatisten diesen Kurs.

Während die Projektarbeit in Bosnien und Herzegowina schon in Gang war, herrschte in Belgrad (Restjugoslawien) noch das Regime von Slobodan Milošević. Projektarbeit in Serbien war damit zunächst unmöglich. Als sich dann auch Montenegro von Milošević abwandte, war Serbien politisch isoliert. Die KAS stellte den Kontakt zur serbischen Opposition her und koordinierte trotz der Ankündigung von

Repressalien seitens der serbischen Regierung den Kontakt zur serbischen Opposition.

Die Projekte in Serbien konzentrierten sich zunächst auf den Aufbau einer schlagkräftigen Opposition. An erster Stelle ist hier Boris Tadić zu nennen, der spätere proeuropäische Staatspräsident Serbiens. Er schulte in seiner NGO gezielt Jugendliche, um mit diesen später ein demokratisches Serbien vorantreiben zu können. Nachdem dann Slobodan Milošević zunächst inhaftiert und später an das Kriegsverbrechertribunal nach Den Haag überführt worden war, konnte die Projektarbeit in Serbien intensiviert werden. Sehr schnell wurde ein Stiftungsbüro in Belgrad mit einem Verbindungsbüro in Podgorica (ehemals Titograd) eröffnet. Im Verlaufe der weiteren Projektarbeit wurde deutlich, dass alle aus dem ehemaligen Jugoslawien neu entstandenen Staaten jeweils sehr eigene spezifische Problemstellungen zu lösen hatten. Die Stiftung entschloss sich daher, zusätzlich in Zagreb und später in Skopje Stiftungsbüros zu eröffnen.

Blickt man nach mehr als zwanzig Jahren auf unsere Arbeit in Mittel- und Osteuropa zurück, muss man feststellen: Nicht alle Blümenträume sind zu reifen Früchten geworden. Immer wieder stellt uns die innerpolitische Entwicklung vor neue Herausforderungen, aber das große Ziel ist erreicht. Konrad Adenauer hat vor mehr als fünfzig Jahren erklärt: „Unser Ziel ist es, dafür zu arbeiten, dass die Gegensätze der Nationalstaaten in Europa im Laufe der Zeit verschwinden. [...] Unser Ziel ist, dass Europa einmal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit.“ Diesem Ziel sind wir deutlich näher gerückt. Wir haben viele Länder Mittel- und Osteuropas auf ihrem Weg in die Freiheit erfolgreich begleitet und unseren – wenn häufig auch nur bescheidenen – Beitrag dazu geleistet. Dafür sollten wir dankbar sein und vielleicht sogar ein wenig stolz. Viel, sehr viel, bleibt noch zu tun, aber unsere bisherige Erfahrung sollte uns ermutigen. Unser Engagement lohnt sich! Unser Dank gilt der Bundesrepublik, die uns und den anderen Politischen Stiftungen die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellt, und er gilt vor allem unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die oft unter persönlichen Opfern hervorragende Arbeit geleistet haben und bis heute leisten.